

< Niederschrift

über die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am 27.09.2001 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus (Vertreten)	
Vertreterin Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	
Vertreter Senft, Harald	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter (Vertreten)	
Vertreter Greis, Peter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Albrecht, Bernd	Verwaltung
Frömmer, Martin	Verwaltung
Hohmeier, Michael	Verwaltung
Holtermann, Werner	Verwaltung
Krämer, Guido	Verwaltung

Mittmann, Georg
Müller, Karlheinz
Boldt, Günther

Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:00 Uhr

Ende der Sitzung 21:55 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-------|-----------|---|
| Ö 1. | | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit |
| Ö 2. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- |
| Ö 3. | 2001/0414 | Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung |
| Ö 4. | 2001/0349 | Einführung des SchokoTickets in der Stadt Monheim Rhein zum 01.02.2002 |
| Ö 5. | 2001/0368 | Einführung des SchülerTickets des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg in der Stadt Monheim am Rhein zum 01.02.2002 |
| Ö 6. | 2001/0371 | Erhebung von Entgelten für die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung der Geschwister-Scholl-Schule ab 01.01.2002 |
| Ö 7. | 2001/0370 | Vertragsangelegenheit
Bürgerhaus Baumberg |
| Ö 8. | 2001/0332 | Installierung eines mobilen Angebots in der Jugendarbeit |
| Ö 9. | 2001/0351 | Neufassung der 'Verwaltungsgebührensatzung' der Stadt Monheim am Rhein einschließlich Gebührentarif und Umstellung auf Euro |
| Ö 10. | 2001/0429 | Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Gewährung eines Windelbonus |
| Ö 11. | 2001/0291 | Bereitstellung von Mitteln für die Erneuerung der Steuerung am Betriebspunkt Monheimer Straße |
| Ö 0. | | Bürgerfragestunde |
| Ö 12. | 2001/0392 | Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2001 - 2004 |
| Ö 13. | 2001/0390 | Nachtragshaushaltssatzung 2001 |
| Ö 14. | 2001/0391 | Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung
Kanalbaumaßnahme "Heinrich-Späth-Straße" von Krischerstraße bis Haus Nr. 6 |
| Ö 15. | | Mündliche Mitteilungen |
| Ö 16. | | Mündliche Anfragen |

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 17.		Feststellung der Beschlussfähigkeit
NÖ 18.		Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
NÖ 19.	2001/0415	Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung
NÖ 20.	2001/0416	Personalangelegenheit
NÖ 21.	2001/0417	Personalangelegenheit
NÖ 22.	2001/0418	Personalangelegenheit
NÖ 23.	2001/0419	Personalangelegenheit
NÖ 24.	2001/0434	Personalangelegenheit
NÖ 25.	2001/0386	Vertragsangelegenheit
NÖ 26.	2001/0317	Grundstücksangelegenheit
NÖ 27.	2001/0318	Grundstücksangelegenheit
NÖ 28.	2001/0316	Grundstücksangelegenheit
NÖ 29.	2001/0367	Grundstücksangelegenheit
NÖ 30.	2001/0402	Grundstücksangelegenheit
NÖ 31.		Mündliche Mitteilungen
NÖ 32.		Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Er weist sodann darauf hin, dass in der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Tagesordnungspunkt 14 - Drucksache-Nr. 2001/0391, Genehmigung einer dringlichen Entscheidung abzusetzen ist, da hierfür der Rat der Stadt zuständig ist.

**Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-**

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0414 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2001/0349 Einführung des SchokoTickets in der Stadt Monheim Rhein zum 01.02.2002

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Monheim am Rhein führt zum 01.02.2002 für die Schülerinnen und Schüler der Monheimer Schulen das SchokoTicket ein.
2. Gemäß § 7 Abs.1 des Schulfinanzgesetzes (SchFG vom 17.04.1970) werden für Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf Übernahme der Fahrkosten durch den Schulträger ab 01.02.2002 Eigenanteile in folgender Höhe festgesetzt:

für das 1. minderjährige Kind einer Familie	7,70 €
für das 2. minderjährige Kind einer Familie	5,10 €
für volljährige Schülerinnen und Schüler	7,70 €

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 5. 2001/0368 Einführung des SchülerTickets des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg in der Stadt Monheim am Rhein zum 01.02.2002

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Monheim am Rhein führt zum 01.02.2002 für die Schülerinnen und Schüler der Monheimer Schulen das SchülerTicket des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) ein.
2. Gemäß § 7 Abs.1 des Schulfinanzgesetzes (SchFG vom 17.04.1970) werden für Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf Übernahme der Fahrkosten durch den Schulträger ab 01.02.2002 Eigenanteile in folgender Höhe festgesetzt:

für das 1. minderjährige Kind einer Familie	10,00 €
für das 2. minderjährige Kind einer Familie	5,00 €
für volljährige Schülerinnen und Schüler	10,00 €

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 6. 2001/0371 Erhebung von Entgelten für die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung der Geschwister-Scholl-Schule ab 01.01.2002

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Erhebung von Entgelten für die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung der Geschwister-Scholl-Schule ab 01.01.2002 in der von der Verwaltung dargestellten Form wird zugestimmt.
2. Die Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung der Geschwister-Scholl-Schule sowie die Entgeltordnung werden beschlossen.
3. Die der Beschlussvorlage beigefügte Satzung sowie die Entgeltordnung sind Bestandteile des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 7. 2001/0370 Vertragsangelegenheit
Bürgerhaus Baumberg**

Vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion wird erklärt, dem Beschlussvorschlag in den Punkten 1 und 2 so zuzustimmen. Im Punkt 3 würde man der Alternative b) den Vorzug geben. Mit der derzeitigen Pächterin sollte ein neuer Vertrag ausgehandelt und hier zur Beschlussfassung wieder vorgelegt werden.

Von der SPD-Fraktion wird die dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Stellungnahme abgegeben mit dem Ergebnis, dem Beschlussvorschlag in dieser Form nicht zuzustimmen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass bei dem bestehenden Pachtvertrag seinerzeit auch eine Ausschreibung stattgefunden habe. Er frage sich, warum jetzt anders verfahren werden soll. Zum anderen teile er durchaus das, was die SPD-Fraktion vorgetragen habe, insbesondere auch, dass für den Jugendtrakt nach dem Wortlaut der Vereinbarung eine weitere Vereinbarung abgeschlossen werden müsse. Hinweisen würde er auch darauf, dass ausgerechnet die, die hier die nachbarschaftliche Ruhe einfordern, selbst Nutzer sind als Verein im Bürgerhaus.

Eine Sprecherin der CDU-Fraktion äußert, dass gegen eine Ausschreibung der Mehraufwand innerhalb der Verwaltung spreche und die Leistungen der Pächterin, die auch investiert habe, sehr zufriedenstellend waren.

Zum Verfahren erklärt der Bürgermeister, wichtig sei, fristgemäß den vorhandenen Vertrag zu kündigen mit der Anweisung an die Verwaltung, schnellstens in Verhandlungen mit der jetzigen Pächterin einzusteigen. Ggf. könne er in der Ratssitzung im November schon sagen, ob es mit den Eckpunkten, die man ausgehandelt habe, mit der jetzigen Pächterin klappt. Sollte das nicht der Fall sein, müsse man dann zur Ausschreibung übergehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass gemäß Ziffer 10 die Vereinbarung auf 1 Jahr befristet wird. Wenn schon ein Vergleich außerprozessual geschlossen werde, müsse eine solche Befristung herausgenommen werden. Seitens der CDU-Fraktion wird entgegnet, dass dann, wenn diejenigen, die den Passus darin haben wollen, sagen, nur unter diesen Bedingungen stimme man dem Vergleich zu, dann gehe es doch gar nicht anders.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass man aufgrund der Diskussion und der Zielrichtung, die man habe, dem Punkt 2 zustimme und auch dem Punkt 3 mit den Ergänzungen auf der Grundlage des Konzeptes und der Verhandlungen zustimme. In der Vereinbarung zu Punkt 1 sehe man eine sehr einseitige Bindung der Stadt, der man nicht zustimmen könne.

Der Bürgermeister fasst zusammen, dass die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages doch recht einmütig sind. Im Punkt 1 sei unklar, ob ein Vergleichsvertrag mit oder ohne Befristung in Ziffer 10 geschlossen werden sollte. In dem Fall brauche man eine klare Aussage, wie es weitergehen soll. Es könnte sein, dass man auch dann zu einem Vertragsabschluss komme, wenn die Ziffer 10 fällt. Er sei sich da aber nicht sicher. Der Vertrag sehe zudem in der Tat vor, dass der Jugendtrakt ausgenommen wird. Solange der Jugendtrakt ausgenommen ist, gelte dort das derzeitige Verfahren. Ob für den Jugendtrakt überhaupt eine Vereinbarung geschlossen werde und wie die aussehen soll, sei völlig offen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, die Ausnahme des Jugendtraktes von der Vereinbarung sei nicht ganz ungefährlich. Unter Umständen kommen die Kläger nach einem Jahr auf die Idee, man habe zwar den Vergleich abgeschlossen, aber man sei immer noch unzufrieden. Dann beginne der Ärger mit dem Jugendtrakt erneut. Am Sonntag laufe die Frist für den Abschluss des Vergleiches aus. Bis dahin könnte es mit der Herausnahme der Befristung in Ziffer 10 noch klappen, mit dem Jugendtrakt dürfte es schwieriger werden. Aber es könnte versucht werden, diesen einzubeziehen.

Der Bürgermeister fasst nochmals zusammen, dass die Ausnahme des Jugendtraktes von der Vereinbarung klar abgelehnt werde. Er schlägt weiter vor, als weitestgehenden Antrag zu formulieren, die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wird angenommen mit der Maßgabe, dass die Befristungsklausel in Ziffer 10 fällt.

Die CDU-Fraktion beantragt eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

Nach Wiedereröffnung erklärt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, die CDU-Fraktion bleibe dabei, die in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages genannte Vereinbarung so wie sie hier formuliert ist, zunächst so abzuschließen, um jeglicher potenzieller Gefahr einer Rechtsstreitigkeit aus dem Wege zu gehen.

Der Bürgermeister weist zu Ziffer 10 kurz darauf hin, dass es in der Tat relativ belanglos sei, ob die Ziffer 10 dort steht oder nicht, das heiße, werden die Verpflichtungen des Vertrages nicht eingehalten, egal ob mit oder ohne Befristung, ist die entsprechende Sanktionsmöglichkeit der Vertragspartner ohnehin gegeben.

Der Ausschuss beschließt:

1. Ziffer 1 des Beschlussvorschlages ohne Ziffer 10 der Vereinbarung als weitestgehenden Antrag:

Abstimmungsergebnis:

dafür 1 Stimme (Grüne)

dagegen 14 Stimmen (BM, 7 CDU, 5 SPD, MBM/F.D.P.)

2. Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wie Vorlage:

Unter Hinweis auf die Stellungnahme des Baumberger Allgemeinen Bürgervereins vom 31.08.2001 (Anlage 5) wird die Verwaltung ermächtigt, die als Anlage 1 beigefügte Vereinbarung zwischen der Stadt Monheim am Rhein und verschiedenen Wohnungseigentümern der Häuser Humboldtstraße 17, 19 und 21 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

3. Der bestehende Pachtvertrag wird zum 31.12.2001 gekündigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

4. Alternative 3 b)

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der derzeitigen Pächterin unter Berücksichtigung der Anregungen des Personalrates und der jetzigen Sitzung zu verhandeln und schnellstmöglich in einer der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses oder des Rates zu berichten, wie weit die Verhandlungen gediehen sind.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 8. 2001/0332 Installierung eines mobilen Angebots in der Jugendarbeit

Der Ausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt ab Oktober 2001, vorbehaltlich der Bewilligung von Zuschüssen durch die Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG), ein mobiles Angebot zur Förderung der Jugendarbeit, vorrangig im Berliner Viertel, einzurichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 9. 2001/0351 Neufassung der 'Verwaltungsgebührensatzung' der Stadt Monheim am Rhein einschließlich Gebührentarif und Umstellung auf Euro

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein einschließlich des Gebührentarifs wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie der Gebührentarif sind Bestandteile dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 10. 2001/0429 Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Gewährung eines Windelbonus

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Gewährung eines Windelbonus wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.
Die Verwaltung wird beauftragt, zum Jahresende 2001 einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 11. 2001/0291 Bereitstellung von Mitteln für die Erneuerung der Steuerung am Betriebspunkt Monheimer Straße

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Erneuerung der Steuerung am Betriebspunkt Monheimer Straße werden im Vermögenshaushalt 2002 beim Unterabschnitt 7000 Mittel in Höhe von DM 275.000,00 bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem BRW zur Vorfinanzierung einen entsprechenden Vertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 18.58 Uhr

1. Abfallcontainer im Bereich Berliner Viertel

Ein Bürger berichtet, kürzlich einen Rattenfänger bei seiner Arbeit im Bereich Berliner Viertel, insbesondere auf der Brandenburger Allee, beobachtet zu haben. Abgesehen davon fragt er, wann die Stadt die Verhältnisse um die Müllabfuhr in den Griff bekommt.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Stadt sich des Problems bewusst sei. Dass einiges im Augenblick nicht so funktioniere wie es notwendig sei, liege im Verantwortungsbereich des Vertragspartners Rethmann, mit dem z.Zt. hart in Gesprächen verhandelt werde bis hin zu Schadenersatzansprüchen und Konventionalstrafen. Zufriedenstellend seien die Verhältnisse im Berliner Viertel in der Tat nicht. Wegen der Rattenplage werde das Ordnungsamt eingeschaltet.

2. PCB-Sanierung

Ein Bürger als Vertreter der "Initiative Pro-Sandberg" fragt, ob aufgrund der PCB-Messwerte die Stadt bereit sei, für die Sanierung zusätzlich Mittel zur Verfügung zu stellen, aus welchen Positionen dies erfolgen könne und zu welchem Termin dies möglich sei.

Der Bürgermeister entgegnet, dass sich die Verwaltung im Augenblick noch außerstande sehe, konkrete Zahlen für die künftigen Planungen zu benennen. Es könne noch nicht abgemessen

werden, wie groß der Sanierungsaufwand für die Bewältigung der PCB-Problematik ist. Was man sehr wohl könne, sei die Benennung der Kosten für Zwischenlösungen bzw. Kosten für kurzfristige Lösungen des Katastrophenschutzes im Schulbereich. Diese Zahlen seien aber bekannt.

Ende: 19.05 Uhr

Ö 12. 2001/0392 Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2001 - 2004

Der Bürgermeister lässt die Tagesordnungspunkte Ö 12 "Haushaltssicherungskonzept" und Ö 13 "Nachtragshaushaltssatzung 2001" gemeinsam behandeln (Diskussion siehe TOP Ö 13).

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die auf Grundlage der Daten des Nachtragshaushaltes 2001 vorgenommene Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2001 - 2004 wird mit den dort genannten Maßnahmen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM7F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 13. 2001/0390 Nachtragshaushaltssatzung 2001

Zu der Haushaltssituation, wie sie sich für die Stadt Monheim am Rhein darstellt, trägt der Bürgermeister einige gravierende Punkte vor. So führt er insbesondere den Einbruch bei den Gewerbesteuererinnahmen mit rund 22 Millionen DM im Jahre 2001 und die Streichung von ca. 80 Millionen Euro im Landeshaushalt 2002 für den Jugendhilfebereich auf. Letzteres treffe die Stadt ebenfalls durch Wegfall der Zuschüsse von rund 220.000,-- DM für die städtische offene Kinder- und Jugendarbeit, Wegfall der Zuschüsse von rund 100.000,-- DM für die Erziehungsberatungsstelle und Wegfall der Landeszuschüsse im Unterhaltsvorschussbereich. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen habe zwar geäußert, dass am Gemeindefinanzausgleich dringend etwas getan werden müsse. Im gleichen Atemzug gehe die Landesregierung jedoch hin und streiche weitere Zuschüsse. Für die Stadt Monheim am Rhein bedeute dies, dass die Personal- und Sachkosten noch härter angegriffen werden müssen und auch alle bestehenden freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand kommen.

Der Kämmerer gibt sodann Ausführungen zum Nachtragshaushaltsplan.

Seitens des Vorsitzenden der CDU-Fraktion wird erwähnt, dass mit Kleinbeträgen ein Betrag von rd. 20 Millionen DM nicht zu verringern sei. Massive Eingriffe seien notwendig. Nur wenn man das konsequent tue, gehen in einigen Bereichen die Lichter aus. Man sollte sich daher bemühen, alles was der Wirtschaftsförderung diene, stärker zu nutzen. Monheim sei auch in der Lage, kurzfristig ein enormes Potential an Gewerbe- und Industrieflächen für die Erschließung und Nutzung anbieten zu können. Nur darin sehe er letztlich eine Chance, aus dieser Misere mittelfristig herauszukommen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist ebenso der Meinung, dass eine andere Einschätzung nicht möglich ist. Man könne an etlichen Punkten sparen, was jedoch nichts am grundsätzlichen Problem ändere. Aus der jetzigen Misere könnte nur die Konsequenz gezogen werden, zukünftig eine andere Ansiedlungspolitik zu betreiben, damit ein derartiges Dilemma nicht mehr auftreten könne.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, es gehe auch darum, dass bei schwierigen Situationen die Daseinsfürsorge nicht zu kurz kommen dürfe. Den Wirtschaftsraum zu stärken, würde man voll unterstützen. Da liege man mit allen auf der gleichen Linie. Bezüglich des Haushaltssicherungskonzeptes hoffe man mit dem Kämmerer, dass nach ein paar Jahren das eintritt, was er errechnet habe. Zum Nachtragshaushalt sei zu sagen, dass viele Faktoren sich noch verschlechtert haben, was sich ja zwangsläufig ergeben habe. Aber die Ausgangsvoraussetzungen für diesen Haushalt und damit auch für den Nachtragshaushalt wären nicht ganz unverschuldet zu sehen. Daher würde man dem so nicht zustimmen.

Der Kämmerer weist darauf hin, dass die Kürzungen alle von den Fachbereichen selbst als mögliche Einsparungen gekommen sind. Es handele sich dabei um Geschäftskosten und Sachausgaben intern Art, nicht um Zuschüsse z.B. an Vereine etc.

Zu der PCB-Problematik stellt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen u.a. die Frage, wie hoch die Kosten einer Probesanierung sind. Die Frage ergebe sich zum einen zu dem Punkt Nachtragshaushalt und zum anderen wegen der grundsätzlichen Entscheidung, ob jetzt Probesanierung und dann Entscheidung im nächsten Sommer oder als Alternative jetzt grundsätzlich sanieren, ohne zu schauen, was eine Probesanierung bringt, um dann ggfls. ein anderes Sanierungskonzept insgesamt zu verfolgen. Der Beigeordnete entgegnet, dass man die Kosten einer Probesanierung noch nicht kenne. Man beauftrage jetzt den Gutachter für die vier vorgeschlagenen Räume. Der Gutachter ermittelt den Sanierungsbedarf und macht Vorschläge für eine Ausschreibung. Die Ausschreibung wird Anfang des nächsten Jahres laufen. Erst danach könne exakt gesagt werden, was das kostet. Man würde von einer Grobschätzung von 400.000,- DM ausgehen. Ob das ausreicht, wisse man erst im Januar.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, das man wegen der PCB-Sanierungsmaßnahmen noch Zeit bis zur Ratssitzung brauche und er sich daher jetzt der Stimme enthalten werde, bis das in der Fraktion abschließend geklärt sei.

Der Kämmerer erläutert nochmals, das es darum gehe, die eingearbeiteten Änderungen aufgrund des Nachtragshaushaltes in das Haushaltssicherungskonzept zu übernehmen. Die Einsparvorschläge der Fachbereiche im sächlichen Bereich würden auch für die Folgejahre übernommen, so dass sich die sächlichen Ausgaben reduzieren und das Haushaltssicherungskonzept einen etwas anderen Verlauf bekommt. Der Bürgermeister bemerkt, dass es somit eigentlich nur um die Fortschreibung gehe.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2001 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit,
- b) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung,

beschlossen hat, angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

Dagegen 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

1. Die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2001 wird mit folgender Fassung beschlossen:

Aufgrund des § 80 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW 1994, S 666/SGV NW/2023) in der z.Zt. geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein mit Beschluss vom folgende Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung vom 21.12.2000 beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Beträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachträge festgesetzt auf DM
	DM	DM	DM	
im Verwaltungshaushalt				
Einnahmen	164.797.160	3.900.000	23.657.600	145.039.560
Ausgaben	171.605.990	3.471.500	9.087.470	165.990.020
im Vermögenshaushalt				
Einnahmen	49.726.700	8.949.000	0	58.675.700
Ausgaben	49.726.700	8.949.000	0	58.675.700

§ 2

Der bisherige festgesetzte Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2001 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 5.089.540 DM um 3.081.000 DM erhöht und damit auf 8.170.540 DM festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 0 DM um 1.350.000 DM erhöht und damit auf 1.350.000 DM festgesetzt.

§ 4

Der bisherige festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 25.000.000 DM wird nicht geändert.

§ 5

Die Steuersätze werden nicht geändert.

§ 6

Die Bestimmungen werden nicht geändert.

§ 7

Die Bestimmungen werden nicht geändert.

- 2.** Die im Haushaltsbuch festgesetzten Fachbereichsbudgets werden aufgrund der Änderungen im Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2001 in folgender Höhe beschlossen:

		Einnahme	Ausgabe	Saldo
		DM	DM	DM
FB 0	Politik			
	alt	273.749	2.149.865	- 1.876.116
	Nachtrag	273.749	2.148.265	- 1.874.516
FB 1	Bürgerservice und soziale Dienstleistungen			
	alt	7.926.340	22.647.667	- 14.721.327
	Nachtrag	5.732.740	19.917.497	- 14.184.757
FB 2	Jugend, Bildung, Kultur und Sport			
	alt	9.536.640	37.751.055	- 28.214.415
	Nachtrag	9.596.640	38.491.905	- 28.895.265
FB 3	Stadtplanung und Bauwesen			
	alt	25.904.690	36.109.169	- 10.204.479
	Nachtrag	25.904.690	35.819.209	- 9.914.519
FB 4	Zentrale Dienste			
	alt	18.715.121	25.825.994	- 7.110.873
	Nachtrag	18.715.121	25.364.804	- 6.649.683

- 3.** Aufgrund der Änderungen im Nachtragshaushaltsplan beläuft sich der Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2001 auf 20.950.460 DM. Daher ist, auch in Anbetracht der weiteren ausgewiesenen Fehlbeträge und der Maßgaben des Haushaltssicherungskonzeptes, der dem Haushaltssicherungskonzept als Anlage beigefügte Finanzplan, soweit die Fachbereichsbudgets betroffen sind, als verbindlich anzusehen. Es ist sicherzustellen, dass während der Laufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes bei der Aufstellung des Haushaltsplans keine Zuschusserhöhung dieser Budgets erfolgt und sämtliche in Frage kommenden Positionen unter den dann aktuellen Gesichtspunkten auf eine Senkung des Budgets hin überprüft werden. Die Ansätze werden mit diesem Beschluss im Rahmen der Budgetdeckung festgesetzt.

**Ö 14. 2001/0391 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung
Kanalbaumaßnahme "Heinrich-Späth-Straße" von
Krischerstraße bis Haus Nr. 6**

Dieser Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt, da eine Zuständigkeit des Rates gegeben ist

Ö 15. Mündliche Mitteilungen

Der Fachbereichsleiter 2 b) teilt mit, er sei darauf angesprochen worden, was damit zu tun sei, dass im Umfeld der Wilhelm-Busch-Schule Plakate aufgehängt worden sind mit einem Protest der Eltern, die eine Initiative dort gebildet haben gegen die Schließung der Schule. Diese Thema ist nicht nachvollziehbar, weil in den Fachausschüssen nie die Rede davon gewesen ist. Er habe in der Zwischenzeit in der Verwaltung abgeklärt, dass diese ungenehmigt aufgehängten Plakate umgehend entfernt werden können. Er wolle hier heute nur die Gelegenheit nutzen, um deutlich zu sagen, dass an der Sache nichts dran ist.

Ö 16. Mündliche Anfragen

**Ö 16.1 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Odendahl (CDU);
"Tempo-30-Schilder Hauptstraße Baumberg"**

Ratsfrau Odendahl bittet um Mitteilung über den Sachstand in der Angelegenheit. Falls das jetzt nicht ausführlich beantwortet werden könnte, bittet sie um schriftliche Stellungnahme, da es so aussehe, dass in der Sache einiges schief gelaufen ist.

Der Beigeordnete erwidert, dass nichts schief gelaufen sei. In der Tat sei eine missverständliche Information von der Straßenmeisterei gegeben worden. Fakt ist, dass die Stadt ordnungsgemäß angeordnet hatte. Der Landschaftsverband sei darauf hin in den Widerspruch gegangen. Dieser Widerspruch sei dann aber nicht weiter bearbeitet worden, um die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Von daher war der Landschaftsverband auch berechtigt zu sagen, die Schilder hängen nicht rechtmäßig und werden abgenommen. Morgen würde ein Schlichtungsgespräch bei der oberen Straßenverkehrsbehörde stattfinden. Am nächsten Dienstag könne er berichten, wie dies Gespräch ausgegangen ist.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion betont, dass nur wegen formaler Dinge die Schilder abgenommen worden sind, was die Bürger nicht verstehen würden. Die Schilder hätten ihren guten Zweck erfüllt und sie gehören dort wieder hin

Ö 16.2

Mündliche Anfrage des Ratsherrn Göbel (CDU); "Anfrage zu einer Presseinformation über mehr Geld für Sportvereine"

Ratsherr Göbel teilt mit, dass er im Frühjahr dieses Jahres aufgrund einer Zeitungsinformation des Landtagsabgeordneten Herrn Bischoff, dass die Sportvereine mehr Geld bekommen, gefragt habe, ob die Sportvereine diese Geld direkt bekommen. Laut einer schriftlichen Antwort der Verwaltung bekommen die Sportvereine diese Gelder nicht direkt. Die Mittel werden dafür verwandt, dass Sportvereine, die selbst etwas bauen wollen, den Zuschuss bekommen. Da es hier in Monheim einen Sportverein gibt, der daran interessiert ist, hat dieser Verein in dem entsprechenden Ministerium nachgefragt. Die Antwort des Ministeriums ist, dass die Landesmittel so zusammengestrichen worden sind, dass ggfls. höchstens noch eine Umkleidekabine oder ähnliches gefördert werden kann. Er wolle nur darauf hinweisen, dass es keine Mittel mehr gibt und die anfangs erwähnte Information nicht richtig ist .

Der Bürgermeister bemerkt, dass der Tagesordnungspunkt "Mündliche Anfragen " laute. Daher sollte zumindest eine Frage gestellt werden.

Ö 16.3

Mündliche Anfrage des Ratsherrn Klein (SPD); "Fehlendes Ortseingangsschild"

Ratsherr Klein weist darauf hin, dass das Ortseingangsschild an der Baumberger Chaussee Richtung Baumberg fehlen würde. Er fragt, ob man dort jetzt 70 km/h fahren dürfe oder wie die Sachlage sei.

Der Bürgermeister erwidert, das zu prüfen.

(P.S. Das Schild ist entwendet worden. Ein neues Schild ist bestellt)

Ö 16.4

Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD); "Einladung zum Schüleraustausch mit der Partnerstadt Tirat Carmel"

Ratsherr Nieswand bemerkt, bisher sei es guter Brauch gewesen, dass zu partnerschaftlichen Veranstaltungen die Ratsmitglieder der verschiedenen Fraktionen eingeladen wurden. Er fragt, warum wurden zu dem Treffen mit den Freunden aus Tirat Carmel die Ratsmitglieder diesmal nicht eingeladen.

Die Verwaltung entgegnet, dass bei dem Schüleraustausch mit Tirat Carmel zwei Fehler unterlaufen sind. Der eine sei vormittags bei der Kranzniederlegung gewesen, der andere Fehler abends anlässlich der Veranstaltung in der Friedenskirche Baumberg, zu der die Ratsmitglieder nicht gesondert eingeladen waren. Durch Pressemitteilung seien zu diesem Bürgerabend jedoch alle Bürger dieser Stadt eingeladen gewesen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass künftig soweit gewünscht die Ratsmitglieder wieder schriftlich eingeladen werden.

Ö 16.5

Mündliche Anfragen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Ratsherr Pruin; a) "Städtepartnerschaftsveranstaltung am 02.10.2001 und Einladungsfristen"

Ratsherr Pruin führt aus, dass er heute morgen aus der Presse von der Veranstaltung erfahren und später mit der Post die Einladung erhalten habe. Das sei ja noch hinnehmbar. Worüber er allerdings verärgert sei, dass man neuerdings von heute auf gleich Gewehr bei Fuß stehen müsse. Diese Sitte sei im letzten Vierteljahr eingerissen. Auch als Ratsmitglied habe man noch andere Verpflichtungen. Es müsse doch möglich sein, wieder zu einer normalen Planung zurückzukommen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er das deutlich zusichern könne. Die Verwaltung werde sich bemühen, zukünftig Termine rechtzeitig mitzuteilen.

b) "Resolution der Stadt Monheim am Rhein anlässlich des Terroranschlages auf das World Trade Center in New York"

Ratsherr Pruin fragt, wann die Resolution unterschrieben werden soll und wann sie der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er allen Fraktionsvorsitzenden die Resolution habe zukommen lassen. Wenn gewünscht werde, den Text noch zu ändern, könne das noch veranlasst werden. Er beabsichtige, die Resolution in der öffentlichen Ratssitzung zu verlesen, unterzeichnen zu lassen und der amerikanischen Botschaft dann zukommen zu lassen.

c) "Entschädigung als Aufsichtsratsvorsitzender"

Ratsherr Pruin teilt mit, dass er den Bürgermeister darauf angesprochen habe, beim Kreis prüfen zu lassen, ob er die Gelder, die er als Aufsichtsratsvorsitzender bekomme, ihm oder der Gemeinde zustehen. Da diese Anfrage bereits 10 Monate zurückliege, fragt er den Bürgermeister, ob dieser ggfls. eine Antwort erhalten habe.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er in dieser Sache vom Kreis auch noch nichts gehört habe. Er werde deshalb beim Kreis nachfragen.